

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Mittwochs Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitseite oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Hellzeile 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedeutend geringerer oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mkt. das Ausland, zuzüglich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 149

Sonnabend, den 20. Dezember 1930

32. Jahrg

1. Blatt.

„Bilanz der Reichsregierung“

In Breslau findet man an den meisten Geschäften ein Plakat mit der Ueberschrift: „Bilanz der Reichsregierung“ — überreicht vom Einzelhandel. Hier rechnet der Einzelhandel, der ja bei der gegenwärtigen Preisentwertung meistens die Kosten zu zahlen hat, der Reichsregierung einmal mit hüben Ziffern in recht unhoffender Weise vor, inwiefern er selber bei seinen einzelnen Verkäufen in der Preisabgabe durchgeführt und inwiefern die Regierung das bei ihren Leistungen getan habe. Es ergibt sich aus dieser nicht uninteressanten Gegenüberstellung, daß der Einzelhandel durchschnittlich seine Kreise um 10—15 Prozent abgebaut, die Regierung dagegen die öffentlichen Lasten Steuern usw. nicht nur nicht gekürzt, sondern teilweise sogar bis zu 117 Prozent erhöht hat. Gewiß sind wir nicht alle so unglücklich wie der Breslauer Einzelhandel, aber es läßt sich doch nicht verkennen, daß das große Kapital des Vertrauens, dessen sich die Regierung bislang bisher erfreute, allmählich angebraucht und in weitesten Kreisen die Frage erhoben wird, ob denn der Preisabbaue nicht wenigstens zu Weichhalten einige sichtbare Fortschritte aufweisen würde. Manches ist auf diesem Gebiet geschehen: es wäre ungerath, das zu vergehen, aber die Hauptfrage, nämlich die Senkung der Ausgaben der öffentlichen Hand, die ihrerseits in erster Linie die Preise bestimmen, bleibt noch immerhin in weiter Ferne. Wir hören statt dessen immer nur von neuen Steuererhöhungen und müssen zugleich die betrübliche Feststellung machen, daß die Steuererhöhungen nur in der Hauptsache sind, daß die Wirtschaft zu ruinieren, während sie sich für die Kaufmännische als gänzlich irreal erweisen.

Wie groß der Fehlschlag der Steuererhöhungen ist, sieht man besonders deutlich, wenn man die entsprechende Zeit des Vorjahres in Vergleich zieht. Dann ergibt sich, daß in den ersten 5 Monaten des laufenden Haushaltsjahres 513 Millionen M. an den Vorjahresjahre gefehlt haben: die alten Steuern sind so stark rückläufig, daß auch die neuen keinen Ausgleich schaffen können. Das Aufkommen aus den wichtigsten direkten Steuern, wie Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuern, ist vom August 1929 bis August 1930 um etwa 10 Prozent gesunken, und noch deutlicher ist der Einnahmerückgang bei den sogenannten Verbrauchs- und Verkehrssteuern, zumal bei solchen, deren Höhe eine Erhöhung erfahren haben. So hat die Tabaksteuer in den ersten 5 Monaten des Haushaltsjahres den Vorjahresertrag trotz ihrer Erhöhung nicht um 22 Prozent überschritten, wie veranlagt war, sondern nur um rund 14,5 Prozent. Noch schlimmer liegen die Verhältnisse bei der Biersteuer: im ersten Monat nach dem Inkrafttreten der erhöhten Steuerhöhe haben sich die Einnahmen fast der erwarteten 40 Prozent nur um rund 1,5 Prozent im Vergleich zur Vorjahreszeit erhöht; in Rheinland-Westfalen ist der Abgang der Brauereien, der bei der Steuererhöhung im Vergleich zum Vorjahr um 11 Prozent getrieben war, auch unter Berücksichtigung der Voreinbehaltung um 30—35 Prozent zurückgegangen; der Abgang im Reichsdurchschnitt beläuft sich auf 20—25 Prozent; legt sich der Verbrauchsrückgang weiter fort, so wird in Verbindung mit den erhöhten Ueberweisungen an die Länder aus der Biersteuer (insgesamt über 140 Mill.) wahrscheinlich nicht einmal der Vorjahresertrag erzielt werden können. Beim Branntweinmonopol ist ebenfalls seit der am 1. Juni 1929 erfolgten Erhöhung der Steuerhöhe ein so erheblicher Verbrauchsrückgang (zur Zeit nur noch rund 25—30 Prozent des Ueberschusses zur gleichen Vorjahreszeit) zu verzeichnen, daß einem Voranschlag von 295 Mill. M. wahrscheinlich nur Einnahmen von höchstens 200 Mill. M. gegenüberstehen werden. Bei den kleineren Verbrauchssteuern (auf Schaumwein, Leuchtmittel, Spielkarten, Süßholz, Zündwaren usw.) liegen abgesehen von der Zündwarensteuer überall Rückgänge vor, die sich wahrscheinlich auch bei den neuen Verbrauchssteuern (z. B. bei der Mineralwassersteuer) ergeben werden. Diese Entwicklung läßt die Reichsfinanzen bis zum Ende des Haushaltsjahres noch in die größten Schwierigkeiten bringen; am 31. März 1931 ist ein Kapitalbedarf von 1600 bis 1700 Mill. M. zu erwarten, dessen Deckung noch in keiner Weise sichergestellt; gegenüber der Schätzung der Juli-Notenordnung dieses Jahres wird vermutlich ein Ausfall von 900 Mill. M. sich ergeben, der sich ähnlich wahrscheinlich auch für das Haushaltsjahr 1931 ergeben wird, dessen Schätzungen

auf der (sehr fraglichen) Annahme aufgebaut sind, daß „für 1931 die Wirtschaftslage fühlbar bessere“. Es ist nicht vernunfderlich, daß sich unter diesen Umständen letztlich heftigste Beschränkungen verbreiten konnten, die von einem erneuten Ueberbrückungskredit von 500 Mill. M. sprechen.

Jede Besteuerung hat ihre Grenzen in der Tragfähigkeit; diese ist nimmer bei allen Steuern erreicht. Auf die altbekannte Last der begrenzten steuerlichen Tragfähigkeit hätte eine vorausschauende Politik durch Sammlung von Rezerwen Rücksicht nehmen müssen. Da die Ertragsnisse um so stärker zurückgehen, je höher die Steuerhöhe werden, kann die deutsche Finanzkraft nur durch Verringerung der Ausgaben bereinigt werden. Am übrigen gibt es in Deutschland nicht weniger als 350 Steuern, von denen 30 auf das Reich, 150 auf die Länder und 170 auf die Gemeinden entfallen und von denen ein großer Teil mehr an Erhebungsstellen erfordert, als sie an Einnahmen einbringen. Schon eine Vereinigung auf diesem Gebiete könnte eine Erleichterung herbeiführen. Die Steuerpolitik sollte sich auf einige ganz wenige, dafür aber leicht und billig zu erhebende Steuern beschränken.

Gesandter Rauscher †

Berlin, 19. Dezember.

Der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Rauscher, ist in St. Blasien an den Folgen einer doppelseitigen Lungenentzündung gestorben.

Der Tod des 46jährigen deutschen Gesandten in Warschau, Ulrich Rauscher, kommt überraschend. Man erfuhr in den letzten Tagen lediglich, daß er erkrankt sei und sich in St. Blasien aufhalte. Man hörte, daß er sich eine Kehlkopfentzündung zugezogen habe und daß auch die Lungenentzündung angegriffen seien. Eine inzwischen hinzugegetrene doppelseitige Lungenentzündung hat dann den Krankheitsprozess beschleunigt.



Ulrich Rauscher wurde am 26. Juni 1884 in Stuttgart geboren. Er studierte Rechtswissenschaften, war in Heidelberg Korpsstudent (Korps Suevia) und wandte sich später der freien journalistischen Betätigung zu. Politisch betätigte er sich erstmals als Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ in Straßburg, später in Berlin, wo er als Theaterkritiker für die „Frankfurter Zeitung“ tätig war. Während des Krieges war er zunächst im Kriegspresseamt, zuletzt zwei Jahre Armierungsstab. Nach der Revolution trat er zur Sozialdemokratie über und wurde als Sekretär Scheidemanns die erste journalistische Stütze der Revolutionsregierung. Er wurde der erste Vorgesetzte bei der Reichsanstalt des Reichsregimentes in der Republik. Am April 1929 lösch er aus der Reichsanstalt aus. Er wurde dann Gesandter in Athen, dann Gesandter in außerordentlicher Mission bei der Sowjetrepublik Georgien und am 31. Mai 1922 Gesandter in Warschau.

Fürsorgen der Gemeinden.

Erhebliche Steigerung in Klein- und Mittelstädten.

Berlin, 19. Dezember.

Der Reichstädtetbund veröffentlicht sein zweites Statistisches Sonderheft, in dem die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Finanzwirtschaft der kleinen und mittleren Städte im Rechnungsjahr 1929 abschließend dargestellt werden, sowie die Entwicklung der Wohlfahrtsvermögenslage bis Ende September 1930.

Die starke Arbeitslosigkeit bedingte, daß die Leistungen der von der Statistik erfaßten Städte für die Arbeitslosen im Durchschnitt um 67,6 Prozent höher als nach dem Voranschlag vorgegeben waren. Infolge der starken Steigerung an Wohlfahrtsvermögenslagen stiegen die Fürsorgekosten be-

trachtung im 1930 Rechnungsjahr... (Text is mirrored and partially illegible)

Ist die Demokratie erschüttert?

Eine Rundfunkrede Brauns.

Berlin, 19. Dezember.

Der preussische Ministerpräsident Braun hielt im Rundfunk eine Rede über das Thema „Ist die Demokratie erschüttert?“ Der Ministerpräsident ging zunächst auf die parteipolitische Zerplitterung ein und erklärte, daß Schicksal und Größe wäre es, wenn wir in einem Parlament in der Zusammenarbeit und im geistigen Ringen einiger weniger Parteien die Interessen der Bevölkerung des deutschen Volkes meistern und seine Zukunft zimmern könnten. Mit dem jetzigen Parlament, verfallt in seiner Weisensart durch Interessensvertreter ohne verantwortliche Bindung gegenüber dem Masseninteresse und geföhrt durch Parteien, die das Chaos und den Bürgerkrieg als Mittel zur Stellung der Vor des deutschen Volkes ansehen, kann man leider diese Aufgabe nicht erfüllen. So mußte eine Reichsregierung, die nicht gegenüber den entseelten Verhältnissen und nackten Interessensvertretungen politisch abhandeln, sondern wirklich im Namen des Volkes und zu seiner Selbstbehauptung vor politischem Irrtum und staatlichem Verfall regieren wollte, zu außerordentlichen Maßnahmen schreiten. Nur durch eine solche entschlossene Regierungspolitik könnte die Reichsregierung heute das große Erbe des deutschen Volkes vor dem Verfall schützen und uns vor dem Neufällen bewahren.

Der preussische Ministerpräsident wandte sich dann gegen Diktaturpläne. Wenn sich Deutschland ein Diktator auslieferen, dann würde mit einem Schlag das Vertrauen schwinden, das Deutschlands wirtschaftliche Kraft und Arbeit heute immer noch in der Welt besitzt. Die auswärtigen Gelder würden fluchtartig zurückgezogen, Milliarden strömen ab, vielschichtige Arbeiterentlassungen und Zusammenbrüche der mittleren, kleinen und heimischen Geschäftswelt in noch nie dagewesenen Maße wären die Folge. Klassenpolitische Schmierigkeiten, Bürgerkrieg und Hungerrevolten würden das Ihrige tun, um unser Vaterland auseinanderzureißen und die einzelnen Teile in völliger politischer Ohnmacht jedem außenpolitischen Gegner als willkommene Opfer hinzuwerten.

Man fordere von Deutschland als Tributzahlungen in einer in der Menschheitsgeschichte noch nie gekannten Form und Höhe dieser Milliarden. Jeder Verdächtige wisse, daß wir diese Milliarden, in Waren in Erzeugnissen deutscher Arbeit und deutschen Gewerkschaften und deutscher Industrie und Leuten können. Aber man nehme uns die Waren nicht ab und erzwinge zudem ihren Abzug auf dem Weltmarkt durch übertriebenen Sperr- und Zollmaßnahmen. Europas Döcker und das große Gleichgewicht jenseits des Großen Ozeans müßten zu der Einschlag kommen, daß wir mit den gegenwärtigen wirtschafts- und politischen Methoden nicht weiterkommen, sondern den Zustand des Nachkriegschaos noch überleben. Nur wenn sich überall der Mut zur Abkürzung finde und gleichfalls zu der Erkenntnis, daß es eine wirtschaftliche Solidarität der Menschheit gibt, die man praktisch durch eine falsche und leichte Wirtschaftspolitik nicht dauernd ungestraft verleugnen darf, die heute lebende Generation auf eine Befreiung ihrer Lage rechnen.

„Eine uralte deutsche Kolonie.“

Was Pilsudski 1919 von Schiefen sagte.

Kattowitz, 19. Dezember.

Ein sehr interessanter Prozeß fand in der Berufungsinstanz von dem Kantowitzer Bezirksgericht statt. Gelegenlich einer Vernehmung der Kantowitzer Partei im April d. S. äußerte der frühere Eisenbahnbeamte Fuß, daß Marschall Pilsudski es sich niemals habe träumen lassen, daß Ober-Schlesien jemals zu Polen kommen würde. Gegen Fuß wurde daraufhin ein Strafverfahren wegen Verbreitung falscher Behauptungen eingeleitet. In erster Instanz wurde Fuß zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legte Fuß Berufung ein. Er erbot sich, den Wahrheitsbeweis anzutreten.

In der Berufungsverhandlung gelang es dem Angeklagten tatsächlich, diesen Wahrheitsbeweis zu erbringen.

Die von ihm benannten Zeugen, darunter Musikdirektor Berandowski sowie der Sejmabgeordnete Gollnitz, erklärten unter Eid, daß im Jahre 1919 eine förmliche Verhandlung beim Reichstag stattfand wegen finanzieller Hilfe für die Besetzungsbestrebungen Oberschlesiens von Deutschland vorliegt geworden sei.

Mißbilligt habe die Abordnung ziemlich ungnädig empfunden und sich wörtlich geäußert: Also nach Schließen gelüftet es euch; aber Selenien ist doch eine uralte preußische Kolonie!

Der Angeklagte wurde freigesprochen, weil sich das Gericht auf den Standpunkt stellte, daß dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis in jeder Hinsicht gelüftet sei.

Curtius' Besprechungen in Königsberg

Für Milderung der Not in Ostpreußen.
Königsberg, 18. Dezember.

Ueber die Besprechungen des Reichsaussenministers Dr. Curtius mit den ostpreussischen Wirtschaftsvertretern, wird ergänzend berichtet: Der Minister legte in seiner Unterredung, ausgehend von der unerlässlichen Trennung Ostpreußens vom Mutterlande durch den Korridor, ausführlich die Ziele der deutschen Außenpolitik dar. Er versicherte, daß er zur Milderung der Not Ostpreußens, die er zuerst als Reichswirtschaftsminister im August 1928 in der Provinz selbst fernengelagert habe, auch als Minister des Auswärtigen nach Kräften beitragen werde.

Die Vertreter der geladenen Körperschaften brachten alsdann eine Reihe dringender Wünsche vor, deren Berücksichtigung in der Fortentwicklung der Reichspolitik der Minister zusagte. Allseitig wurde die Besprechung mit Befriedigung aufgenommen.

Anschließend empfing der Reichsminister des Auswärtigen den deutschen Gesandten in Königsberg, Morath, und den deutschen Generalkonsul Macnisch in Anwesenheit von Vertretern der Verhandlungen mit Litauen zur Sicherung der Autonomie des Memellandes. Später fand eine Veranstaltung der Deutschen Volkspartei statt.

Um die Weisthille.

Die Notlage der weisthilen Landgemeinden.
Berlin, 19. Dezember.

Der Geschäftsführer des Preussischen Landgemeindetages, Dr. Göb, sprach über die Rückwirkungen der letzten Notverordnung der Reichsregierung auf die Lage der weisthilen Gemeinden.

Er betonte, das Sanierungsprogramm der Reichsregierung enthalte keine wirkliche Lösung der so wichtigen Frage, wie die Gemeinden über die Höhe dieses Winters hinweggebrückt werden könnten. Es sei sofortige Hilfe nötig, wenn nicht zahlreiche Gemeinden zum Zusammenbruch kommen sollten. Sehr bedauerlich sei die Herabsetzung des Weisthille-Fonds von 20 Millionen auf 5 Millionen Mark, denn auch nach Abzug der Befragung seien die Schäden noch lange nicht restlos beseitigt.

Dr. Göb wies darauf hin, daß das ganze langgestreckte Sanierungsprogramm der Reichsregierung ohne Erfolg bleiben werde, wenn nicht auch eine Verwaltungsreform folge, die auf der Selbstverwaltung der Landgemeinden aufgebaut sein müsse. Weiter wurde:

„Der Stahlhelm am Rhein.“

Das Verbot des Films aufgehoben.
Berlin, 19. Dezember.

Die Oberprüfstelle befristete sich mit der Bescheidung gegen „Der Stahlhelm am Rhein“, das vor acht Tagen von der Kammer der Filmprüfstelle Berlin ausgeprochen worden war. Wie erinnert, hatte nicht nur der Stahlhelm, sondern auch der Kammervorsitzende selbst Beschwerde gegen das Verbot erhoben, weil die Kammermehrheit sich über die Gutachten der Sachverständigen, die einseitlich den Film für unbedenklich erklärten, hinweggesetzt hatte.

Die Oberprüfstelle hat, wie der Stahlhelm mittelst, nach kurzer Verhandlung, das Verbot dieses Films aufgehoben und im Sinne der Sachverständigen Gutachten der Beiratskommission den Film für die Durchführung im Deutschen Reich freigegeben.

Die Gehaltskürzung in Preußen.

Die Stellung der Notare.
Berlin, 19. Dezember.

In der preussischen Gesetzesammlung wird die Verordnung des preussischen Staatsministeriums über die Gehaltskürzung veröffentlicht. Sie schließt sich eng an die Notverordnung des Reichspräsidenten an. Die Dienstbezüge des Ministerpräsidenten und der Staatsminister werden um 20 v. H. gekürzt.

Entgegen vielfach aufgetretenen Zweifeln wird ausdrücklich betont, daß die Vorschriften dieser Verordnung auf Notare keine Anwendung finden.

Ueber die Gehaltskürzung der Kommunalbeamten heißt es: Die Dienst- und Vergütungsbefugnisse der Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände im Sinne des Kommunalbeamtengesetzes sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts werden mit unmittelbarer Wirkung nach den Vorschriften dieser Verordnung gekürzt.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, von der Gehaltskürzungsmöglichkeit gemäß Verordnung des Reichspräsidenten Gebrauch zu machen, um eine Berichtigung der Bezüge ihrer Angestellten herbeizuführen.

Konno, Berlin und Warschau.

Eine Rede des litauischen Staatspräsidenten.
Konno, 19. Dezember.

Anlässlich der Erinnerungsfeste zum vierten Jahrestage des Umsturzes vom 17. Dezember 1926, die unter Beteiligung der Regierung, der Spitzen der Armee und der Offiziere der Konnoer Garnison im Offizierskasino in Konno stattfand, hielt Staatspräsident Smetona eine vielbeachtete programmatische Rede.

Zur Rede erklärte er, daß die Lage bei weitem nicht so beängstigend sei, wie sie in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten dargestellt werde. In Deutschland, so meinte der Staatspräsident, können ganz gewiß nicht alle Kreise und insbesondere nicht die deutsche Regierung hinter der von gewisser Seite ausgehenden taktlosen Heße (?) gegen Litauen bezüglich des Abnahmefeldes, so daß die Sorge wegen einer deutschen Gefahr für die litauische Politik in dieser Frage zumindeste stark übertrieben sei.

In der Weinstadt-Frage, so betonte der Staatspräsident, müsse der Kampf um die Rückgabe des Weinstadt-Gebiets unter allen Umständen weitergeführt werden. Verhandlungen mit Polen könnten nur mit diesem Ziele geführt werden. Sodann ging der Staatspräsident auf die innerpolitischen Fragen ein. Den gegenwärtig bestehenden Kriegszustand bezeichnete er als eine Gewähr für die Ruhe und Ordnung im Lande, doch wurde auf dieser zu gegebener Zeit abgehoben. Schließlich stellte der Staatspräsident die innerpolitische Wirtschaftslage Litauens im Vergleich zu der anderer Staaten als günstig dar.

Briand verteidigt sich.

Frankreich als „Gedankenpender“.
Paris, 19. Dezember.

Vor dem Handels-, Industrie- und Landwirtschaftsausschuss hielt Briand eine große außenpolitische Rede. An der Sitzung nahmen mehrere Mitglieder des neuen Kabinetts und zahlreiche Abgeordnete und Senatoren teil. Briand wandte sich zunächst gegen die Angriffe, die von den Rechtsparlamenten gegen ihn erhoben worden, und erklärte, er sei der festen Überzeugung, daß die große Mehrheit des Landes hinter ihm und seiner Politik stehe.

In Genf habe er der Welt das wahre Gesicht Frankreichs zeigen wollen, indem er sein Friedenswert mit ganzer Energie gefordert habe. Wenn Frankreich heute im Zustand der Isolation (2) sei, so sei dies nicht nur wegen seines heftigen Verhaltens während des Krieges, sondern auch weil es ein „großer Spender von Gedanken“ sei, die dem Frieden dienen.

Briand ging dann auf die Beschlüsse ein, die man in der Sicherheitsfrage gegen ihn erhebt, und erklärte, daß er bei jeder Gelegenheit die Maßnahmen betont habe, die notwendig seien, um die Sicherheit und das Leben Frankreichs zu garantieren. Er bürde sich ein, ein guter Franzose zu sein. Alle Beschlüsse, die gegen ihn nicht durchzuführen seien, bis zum letzten Augenblicke gegen den Krieg und für den Frieden zu kämpfen. Ministerpräsident Steeg unterließ im Anschluß an Briands Rede das Friedenswort Briands, der seine ganze Tätigkeit einer unantastbaren und deliktalen Aufgabe widme, die schon bemerkenswerte Ergebnisse erzielte habe.

Pulverfabrik Spanien.

Im Zeichen von Standrecht und Generalstreik.
Madrid, 19. Dezember.

Die Gestankplage in Spanien ist weit trübsamer und viel gefährlicher, als es die offiziellen Nachrichten, die die Militärregierung senkt, wahrhaben wollen. Immer deutlicher stellt die Tatsache zutage, daß die Armeen, auf die sich die Regierung verlassen hat, durchaus nicht zuverlässig ist. Immer neue Nachrichten schillern durch die Reihen der Genur und wissen von dem Uebergang hoher Offiziere zu den Revolutionären zu berichten. In Barcelona wird man auch nicht rein zufällig zwei Infanterieregimenter und zwei Dragonerregimenter entwafrnen haben. Und zum Staat hat man sicherlich nicht Bataillone der Fremdenlegion aus Marokko geholt, die über Valencia nach Madrid transportiert worden sind. Dabei liegen Mitteilungen vor, daß die Revolutionäre bereits dabei sind, die Eisenbahnen nach Madrid zu zerstören, um die Truppentransporte in die Hauptstadt zu erschweren oder unmöglich zu machen. Und weiter muß es auffallen, daß die Grenze zwischen Spanien und Frankreich vollständig gesperrt ist, daß kein Zug diese Grenze nach Spanien oder aus Spanien heraus passieren darf.

Das Land steht im Zeichen des Standrechts und des Generalstreiks.

Der Generalstreik scheint bereits auf ganz Nordspanien übergriffen zu haben. Zwischenfälle werden aus den verschiedenen Städten gemeldet. Man hat den Eindruck, daß alles davon abhängt, wie die Gemeinschaften und überhaupt die Arbeiterchaft sich im entscheidenden Augenblick verhalten. Auf Streik steht Standrecht, ein Zeichen, daß die Regierung bei der ultima ratio angelangt ist.

Freilich ist eine einheitliche Führung der revolutionären Bewegung — und hierin liegt die eigentliche Stärke der Regierung — nicht erkennbar.

Zwar wollen alle das gleiche, sie wollen verfassungsmäßige Ordnung auf der Grundlage der Republik. Der Stoß gilt dem Thron, weil die Krone die Diktatur gestützt hat und noch heute die Pseudodiktatur führt. Man hat genug von dem Regime der Generale und lehnt sich nach einem friedlichen Regime der Politiker. Aber man sieht keinen, der die Krone, der die Krone, die die Bewegung einheitlich führt und auf dessen Parole gewartet wird. Es wird hier ausgelassen und dort losgeschlagen. Spanien ist ein Pulverfaß. Hier und da sind die Explosionen unsterblich. Alles Zeugnis der amtlichen Demontiermaschine nützt nichts. Nur ob dabei die Regierung tatsächlich in die Luft gehen wird, schon jetzt oder erst in naher, vielleicht gar fernerer Zukunft, das alles ist unklar.

Nur eines scheint klar: Die Diktatur hat abgewirkt. Das Volk will sie nicht mehr. Das Volk will eine Rückkehr zur Verfassung. Denn es fühlt sich betrogen. Es fühlt sich mißbraucht. Die Armeen will auch nicht mehr, denn sie begreift, daß sie Zwecklos gemacht wird, die nicht zu ihren Aufgaben gehören und sie ihr nichts, aber auch gar nichts einbringen. Die Krone, nach das Scheitern zu sein, könnte und kann sich nur noch durch eines retten: Sie muß sich an die Spitze der Bewegung stellen, die eigentlich der Thron ist, sonst ist der Thron verloren. Sonst wird er von dem Pulverfaß, das Spanien heute darstellt, mit in Stücke gerissen werden.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 19. Dezember 1930

Kinder wünschen — Kinder hoffen!

Bei den Kindern ist wohl nun alle Weihnachtsmummszeit so gut wie fertiggeklaut. All das, was vorläufig ihr kleines Herz begehrt, haben sie darauf geschrieben, ungeachtet dessen, ob die Eltern in der Lage sein werden, alle diese tausend kleinen und großen Wünsche zu erfüllen. Aber darüber denkt ja das Kind auch nur in den wenigsten Fällen nach. Kinder wünschen — Kinder hoffen! Schon als die ersten Spielwarenansammlungen eröffnet wurden, als sich nach Kindern das Geräusch der Puppen und Stofftiere auftrat, wurden heimliche Wünsche noch, sie wollten dies, sie wollten jenes, und nun haben sie alle ihre Anliegen auf jenem Wunschzettel zusammengefaßt. Nur mit Mühe werden viele von ihnen vielleicht am heiligen Abend davon zu überzeugen sein, daß es die Zeit gebietet, wenn auch sie nur praktische Gaben erhalten. Etwas einen neuen Sweater, eine Mütze oder ein Paar molleere Höschen. Das Kind freut sich zwar, wenn es schon entgegen durch die Straßen tippen kann, aber etwas zum Zeitvertreib ist ihm noch lieber. Selbst die älteren Kinder wollen etwas zum Zeitvertreib. Und wenn es auch keine Puppen und keine Stofftiere sind, dann muß es doch wenigstens was zum Backen oder Experimentieren sein. Bei den dreizehn- und vierzehnjährigen Jungen ist das Verlangen nach kleinen elektrischen Maschinen, nach Anlagen usw. recht groß. Hier macht sich vielleicht schon das Bedürfnis bemerkbar, selbständig irgend etwas zu schaffen oder zusammenzubauen; das Selbständigkeitsprinzip der Jugend ermahnt. Kinder fragen nicht nach dem Lebens Notwendigkeiten, sie können auch den Eltern nicht in die Wäsche schauen, oder sich ein rednerisches Bild machen. Sie wünschen und hoffen nur, und in diesem Wünschen und Hoffen liegt das Naive, das Gemüt unserer Kinder.

Das Gebot in Stoffkästen. Anfragen, die nach dem Kauf eines Handelsministeriums gerichtet werden, geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß der preussische Minister für Handel und Gewerbe sich bereits in der vorigen Woche an den Reichsernährungsminister mit dem Antrag gewandt hat, den Landesregierungen genaue Richtlinien für die Fälle zu geben, in welchen nach der Absicht der Landesregierung Ausnahmen von den Bestimmungen der Verordnung vom 1. Dezember 1930, wonach in Stoff-, Speise- und Gartenschiffen und in neu zu erichtenden Bäckereien Weizengebäck nicht mehr verkauft werden darf, gemacht werden sollte.

Was soll ich wünschen. Es ist in jedem Jahr dieselbe Frage. Wenn Weihnachten vor der Tür steht, kann man die Entscheidung nicht länger hinauschieben. Man muß sich ernsthaft überlegen, wodurch man dem anderen eine Freude machen kann. Auf Kostbarkeit der Geschenke kommt es in diesem Jahre noch weniger an als sonst. Andererseits will man jedoch nicht völlig auf ein äußeres Zeichen seiner weihnachtlichen Stimmung verzichten. So ist es denn wohl auch zu erklären, daß das Weihnachtsgeschenk am Silberrn Sonntag gegenüber vergangenen Jahren kaum zurückgegangen ist. Man konnte wieder Leuchten und Ubertausende sehen, die in den Straßen und Gassen nach den für sie geeigneten Geschenken Ausschau hielten. Das Entscheidende muß immer sein, daß man sich beim Schenken wirklich Mühe gibt, die richtige Wahl zu treffen. Ohne Kopfschmerzen geht es nicht ab. Mit dem bloßen Laune ist es ebenfalls nicht getan. Wenn man aber nach langem Überlegen zur Entscheidung gekommen ist, dann ist die Freude des Schenkenden und des beschenkten Teiles um größer.

Ep. Kauf Thüringer Christbaumzweig! Wir werden um Ausnahme folgender Zeilen gebeten: Der glückliche Christbaumzweig, die bunten und silberneigen Ähren, an denen sich unsere Kinder freuen, werden in der Hauptsache auf den Höhen des Thüringer Waldes, in Laufcha, hergestellt. Von den 6500 Einwohnern dieses Städtchens sind zurzeit 1400 arbeitslos, und diejenigen, die noch in der Arbeit stehen, leben auch in trostlosen Verhältnissen. Es ist keine Seltenheit, daß ein Heimarbeiter 10 Stunden Arbeitstag nicht mehr als 2 Mark verdient hat! Eine Besserung erscheint nur dann möglich, wenn die Nachfrage nach Laufchaer Christbaumzweigen wächst. Er kann von den einschlägigen Behörden oder auch aus Laufcha direkt bezogen werden. Auch das evangelische Pfarramt in Laufcha (Thür.) wird bereit, Aufträge zu vermitteln.

Saison- und Inventarverkauf. Für den diesjährigen Winter- und Inventarverkauf ist von der Regierung zu Vergebung als neuer Termin der 6. Januar bis 16. Februar festgesetzt. Der einzelne Ausverkauf darf innerhalb dieser Zeit länger als zwei Wochen dauern. Die Industrie- und Handelskammer zu Halle weist hierzu noch darauf hin, daß innerhalb einer Woche vor dem Anfangstermin des Saison- und Inventarverkaufs, also vor dem 6. Januar, keinerlei Sonderveranstaltungen stattfinden dürfen. Das gleiche gilt für Sonderveranstaltungen, die im unmittelbaren Anschluß nach der Beendigung dieser Ausverkäufe in einzelnen Unternehmen veranlagt werden.

Bergwerk. Mittwoch nachmittag kam es infolge der schließlichen Strafe zwischen Rammigau-Bergwerk zu einem Betriebsanfall. Der Kraftwagen IV B 16677 brach infolge eines aufgetretenen Indentivisses. Der Wagen drehte sich einmal um seine eigene Achse, wobei der hintere Teil des Wagens gegen einen Baum schlug. Das Auto mußte infolge des erlittenen Materialschadens abgeschleppt werden. Personen sind nicht verletzt worden.

Schöna. (Autobrand.) Gestern früh gegen 7 Uhr geriet der auf Fahrt nach Walleau aus neuer Termin der Ladung Mauerwerke befindliche Lastkraftwagen der Firma L. von Gräfenhainichen zwischen Schöna und Schmölln in Brand. Der Wagenführer vermochte den Wagen nach der Straßenseite zu lenken, um den Verkehr nicht zu behindern und abzubringen, so daß er mit heller Haut davontam. Der bis auf das eiserne Gestell abgebrannte Wagen ist vorläufig nach Schöna abgeschleppt und der und der Schaden letzters des Herrn W. Leuchner durch Versicherung gedeckt.

Gebf. (Zweites Stiefelwischen.) Vor einiger Zeit hatten vier junge Leute in reichlich alkoholischer Laune dem Roland die Stiefel gewischt. Dieser nicht neue Ein-

Fall ist ihnen recht teuer zu stehen gekommen: mit Rücksicht auf die an Sachbeschädigung grenzende Schwere zu entfernen. Schmirereit waren die Täter mit richterlichen Strafbefehlen bedacht worden, in denen jeder an Stelle seiner vermittelten Gefängnisstrafe von 2 Monaten 300 Rm. Geldstrafe aufgeburtet erhalten hatte. Die Geldstrafe erließen den Sündern zu hoch, sie erlitten Einspruch und standen jetzt vor Gericht, einschuldig mit sich gemacht. Frankfurter und gelobten so etwas nie, aber auch nie wieder tun zu wollen. Der Richter hatte denn auch Mitleid und glaubte den Verurteilten. Die Strafe wurde für einen Missetäter auf 100 Rm oder 20 Tage Gefängnis, für den anderen auf 60 Rm oder 12 Tage Gefängnis herabgesetzt. Hinzu kommen noch die nicht unbedeutenden Gerichtskosten, außerdem die Reinigungskosten mit rund 60 Rm.; also immerhin ein teures Sineselügen.

Bücher sind Freunde — Bücher sind Gefährten!
Schenkt Bücher zu jeder Zeit!

Wieder 220 Bergleute vor der Entlassung

Halle. Die Verwaltung der zum Konzern der S. O. F. a. b. e. n (Riebeck) gehörigen Grube „Walthers-Hoffnung“ hat Entlassungsangelegenheiten für die Bergarbeiter „Marianne“ und die Briefabrik sowie einzelne Teile der Grube „Walthers-Hoffnung“ gestellt. Von dieser Maßnahme würden 420 Bergarbeiter betroffen werden, von denen ein Teil erst kurze Zeit wieder in Arbeit ist. Die Verwaltung ist bemüht, die Maßnahme so lange wie möglich hinauszuziehen, wenn nicht ganz zu vermeiden; aber selbst bei ungünstigstem Ausgang der Bemühungen würde in den Grubenbetrieben noch immer eine Beschäftigung von 200 Mann bestehen, während die Briefabrik vollkommen zum Erliegen käme.

Sillegung auch bei der Dabrig
Mädtenberg. Die Dabrig beschäftigt wegen des Fortdauerns des Holzangebots ihre Briefabrik „Marianne“ und den Tagebau bei Kleinfeinitz, in dem sich kürzlich das Förderbrückenstück zerbrach, stillzulegen. Der Termin der Sillegung ist noch nicht bekannt.

Weißeneis. Politische Ausschreitungen.
Während einer nationalsozialistischen Versammlung kam es zu schweren Zusammenstößen mit Kommunisten. Auf den Straßen hatten sich mehrere kommunistische Demonstrationen gebildet, die singend die Stadt durchzogen. Auf dem Marktplatz wurde ein mit 35 Nationalsozialisten aus Jersch besetzter Kraftwagen angehalten. Die Besatzer wurden in die Insassen abbringen konnten, von denen mehrere leicht verletzt wurden. Die Polizisten wurden tätlich angegriffen und machten vom Gummistülpel Gebrauch. Mehrere Personen wurden zuwangsgeführt.

Seyda. Vereitelter Geldraub. Auf den Beamten Korbelen der hiesigen Kreispartei-Abteilung. Der in seinem Auto von Göbelsdorf kam, wurde unterwegs ein Schuß abgefeuert, der einen Radmann durchschlug; dem Beamten gelang es, den Wagen bis ins nächste Dorf zu bringen. Wahrscheinlich hatte es der Attentäter auf Geldbeuterei abgesehen, die der Beamte meistens bei derartigen Fahrten mit sich führt.

Anforüber Schmidt in Magdeburg
Magdeburg. Zu dem Raubüberfall am Katharinenberg bei Mühlhausen hören wir, daß die Spur des Haupttäters, des Gottlob Schmidt aus Schwabe, nach Magdeburg weist. Bei dortigen Verwandten wurden im Briefkasten 1100 Rm. Papiergeld gefunden, die wahrscheinlich von Schmidt stammen, da er auf der Flucht nach Kaiserslautern an seine Verwandten in Magdeburg bekanntlich 500 Rm. überreichte. Das Geld wurde beschlagnahmt.

Magdeburg kommt zur Diktation Berlin
Magdeburg. Ueber die von der Hauptverwaltung geplanten Veränderungen der Reichsbehördenstruktur wird bekannt, daß die in Kürze aufzustellende Reichsbehördenstruktur Magdeburg von der Diktation Berlin übernommen wird. Die Diktation Berlin wird zum großen Teil die Funktionen Magdeburgs und damit auch einen Teil seines Personals übernehmen. Der Verwaltungsbezirk der Berliner Reichsbehördenstruktur wird bis nach Burg verlegt.

Das Programm der Elstergemeinschaft
Bad Liebenwerda. Zur letzten Tagung des Ausschusses der Elstergemeinschaft waren auch Vertreter des Landwirtschaftsministeriums erschienen. Vor allem wurden darüber beraten, welche Grundbesitzverhältnisse im nächsten Jahr vorzunehmen werden sollen. Es wurde beschlossen, im Jahre

1931 den Flußlauf von Herzberg bis Liebenwerda, eine Strecke von 24 Kilometern, in Angriff zu nehmen. Zu einer längeren Erörterung kam es über die Tragweite des Berglechts zwischen der Elstergemeinschaft und der Gruppe Bergbau. Es handelt sich hier um die Aufbringung der Kosten für die Regulierung des Unterlaufs der Elster. Der Bergbau hält sich nämlich zur Tragung dieser Kosten nicht für verpflichtet. Eine Klärung dieser Angelegenheit konnte nicht erzielt werden.

Zeitungsverbot in Thüringen
Saalfeld. Das Thüringische Innenministerium hat das „Saalfelder Volksblatt“ wegen Vergehens gegen das Republikverbot auf 14 Tage verboten. Anlaß zu diesem Verbot gab ein in Nummer 292 des Blattes erschienener Artikel unter der Ueberschrift „Gewitterwetter“, in dem eine Beleidigung des Innenministers Dr. Frit erlitt wurde.

Vor einer Notverordnung in Anhalt
Dessau. Nachdem sich die beiden Rechtsparteien gegen die vom Staatsministerium geplante Erhöhung der Gebäudesteuer gewandt haben, mit der die Regierung den schwer bedrängten Gemeinden helfen wollte, hat das Ministerium davon abgesehen, diese Vorlage dem Landtag zuzuleiten. Wie wir hören, beschäftigt das Ministerium, sein Ziel nun auf dem Wege der Notverordnung zu erreichen. Doch diese soll die Gebäudesteuer um fünf Prozent erhöhen, die Fürstengruben, die Stadt und Land, zusammengelegt und eine Generelsteuererhöhung möglichen Umfangs in den Gemeinden unter 2500 Einwohnern durchgeführt werden. — Der Anhaltische Landtag wird erst wieder Mitte Februar kommenden Jahres zusammentreten.

Poetzsch-Kaffee
zum Weihnachtsfest
frisch eingetroffen in Kemberg bei
Ww. Wilh. Becker, Kolonialwaren
Wittenberger Straße 19

Die Vorarbeiten für den Elster-Saale-Kanal
Leipzig. Nach einer Verordnung des Reichsverkehrsministers wird die durch Verordnung vom 14. Juli 1927 der Elbtalbauverwaltung in Magdeburg bezw. dem Staatlichen Kanalbauamt in Leipzig zur Vorbereitung der Maßnahmen für den Bau des Elster-Saale-Kanals, insbesondere zur Anstellung des Planes und zur Anbahnung der Kosten, erteilt Ermächtigung. Vorarbeiten auf fremden Grundstücken vorzunehmen, weiter bis zum 31. Dezember 1931 verlängert. Die Befugnisse des inzwischen aufgelösten Kanalbauamts Leipzig sind bis auf das mit der Abwicklung der Vorarbeiten beauftragte Kanalbauamt Halle (Saale) übergegangen.

Zeitungsverbot in Thüringen
Saalfeld. Das Thüringische Innenministerium hat das „Saalfelder Volksblatt“ wegen Vergehens gegen das Republikverbot auf 14 Tage verboten. Anlaß zu diesem Verbot gab ein in Nummer 292 des Blattes erschienener Artikel unter der Ueberschrift „Gewitterwetter“, in dem eine Beleidigung des Innenministers Dr. Frit erlitt wurde.

Berlin. Streikbereitschaft der Bankbeamten?
Die am Tarifvertrag für das Bankgewerbe beteiligten Arbeitnehmerverbände traten am Donnerstag zu einer Sitzung zusammen, um zu dem nunmehr vorliegenden Endergebnis der Abstimmung in den Bankbetrieben Stellung zu nehmen. Die Ablehnung des Schiedspruches durch die Organisationsstellen ist nahezu einstimmig von allen Bankangestellten gebilligt worden. Auch für etwa notwendig werdende Kampfmaßnahmen habe sich die sachgemäß vorgeschriebene Mehrheit der Beschäftigten in allen Betrieben ausgesprochen. Alles Weitere wird von dem am Freitag stattfindenden Nachverhandlungen abhängen.

Saalfeld (Th.). Steinbombardement gegen die Stadtparlament.
Während der Beratungen der Stadtverordneten gab ein Trupp von etwa 20 Kommunisten vor das Stadtparlament und eröffnete ein regelrechtes Steinbombardement. Zahlreiche Fensterheben wurden zertrümmert. Einige Vorfälle löseten zum Entsetzen der Stadtverordneten im Sitzungssaal. Ein Abgeordneter wurde von einem faulgroßen Stein an der Schulter getroffen. Steine und Glasplitzer bedeckten die in der Nähe der Fenster liegenden Tische. Als einige Abgeordnete hinausliefen, ergrieffen die Kommunisten die Flucht.

Trier. Schweres Autounglück.
Bei Waldbrach an der Ruwer ereignete sich ein schlimmes Unfallschicksal. Ein

mit sechs Personen besetzter Lieferwagen aus der Pfalz, der vom Trierer Viehmarkt kam, stürzte in einer Kurve die Böschung hinab. Dabei wurde der 40 Jahre alte Gefährtsmann Nikolaus Rindt aus Diebelsdorf in der Pfalz getötet. Ein 27jähriges Mädchen aus Trier, das auf Besuch zu Verwandten nach Waldbrach wollte und von dem Lieferwagen aus Gefährlichkeit mitgenommen worden war, erlitt durch das in Brand geratene Benzin schwere Brandwunden. Drei weitere Personen, Verwandte des Getöteten, kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Neuland (Saarh.).
Lutige Schlägerei. An einer öffentlichen Versammlung der SPD, in der Pfarrer Gertert Mannheim über „Die große Frage des Nationalsozialismus“ sprach, kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten. Die Nationalsozialisten waren zu dieser Versammlung zur freien Ausdrucksache eingeladen. Als Pfarrer Gertert auf den Mäntchen Bußschrei zu sprechen kam und sagte, „Ihr habt sich, als er die Maschinenengewehre und Kanonen gehört habe, auf den Boden gemorren, gerieten die beiden Parteien in Streit, der schließlich in eine wilde Schlägerei ausartete. Da es der Polizei nicht gelang, die Ruhe sofort wiederherzustellen, mußten von Ludwigsbahn Verstärkungen angefordert werden. Den verurteilten Bemühungen gelang es schließlich, die Ruhe wiederherzustellen. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen.

Weihnachts-Weiter.

Beil das Weihnachtsfest inmitten des strengsten Wintermonats liegt, ist es eine allgemeine Förderung und Ansicht, daß zu diesem Festes Schnee gehört. Auf den Postkarten und Weihnachtsbildern, auf den Zeichnungen und illustrierten Beilagen sehen wir die Weihnachtsstimmung inmitten einer Schneelandschaft verkörpert. Mal ist ein schneebedeckte Hütte, hinter deren Fenstern ein Christbaum brennt, dann wieder ist es ein weißer, schweigender Wald, über dessen Baumkronen der Stern von Bethlehem erstrahlt, und schließlich sieht man noch den Weihnachtsmann selbst, der sich auf dem Rücken der lustigen Schneeflocken, zum Weihnachtsfeier gehört also Schnee und Frost! Es scheint fast, als hätte sich dieser Wunsch noch in letzter Minute erfüllt. Möglich hat sich Land und Stadt in ein weißes Kleid gehüllt. Vom Himmel herab fallen lustig die kleinen, weißen Sternchenflöckchen. Die Leute rufen sich gegenseitig zu: Nun bekommen wir doch noch Weihnachtswetter, und es scheint nicht, als hätte dieses Naturereignis mit dazu beitragen, die Festesfreude zu erhöhen. Nur in der Stadt, wo die Leute weniger entzückt von jenem Weihnachtswetter. Selbst der reinste Schnee verdammt sich im Zeitraum weniger Stunden in einen bodenlosen Matsch, der eine ständige Gefahr für die weiblichen Schuhe und Strümpfe bietet. Um so angenehmer aber ist der Städte entzückt, wenn er herauskommt, da, wo die Stadt zu Ende ist, wo Land und Wald sichtbar werden. Alles scheint hier in Weiß getaucht, es ist ein göttlicher Hauch, eine Symphonie in Weiß! Andere wieder frohlocken ob des Schneewetters, weil sie sich vielleicht vorgenommen hatten, während der Weihnachtsfeier etwas Winterport zu treiben. Kurzum: Zum Weihnachtsfest gehört Schnee und Frost, darüber sind sich alle diejüngsten Leute einig, die nicht gerade im Zentrum der Stadt wohnen müssen! Wenn es am festigen Abend schneit, legen die Leute das Christkind breitet ihnen Schiefer über alle Türen. Heiliger Abend im Schnee! Gibt es ein besseres Weihnachtswetter?

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 21. Dezember (4. Advent)
Kollekte für die Bedürfnisse der eigenen Gemeinde.
Kemberg.
Vorn. 7/10 Uhr Predigtgottesdienst Pfarrer Ahmus, Gommlo
Vorn. 7/10 Uhr Predigtgottesdienst Propst Vertram, Kemberg.
Feiertag, den 19. Dezember, abends 8 Uhr in der Propstei.
Propst Vertram.

Wärmependende Nahrung im Winter.
Der Speisefeld muß sich nach der Jahreszeit richten. Das ist eine alte Weisheit, werden Sie sagen. Ja, aber es handelt sich nicht darum, die Nahrungsmittel zu verwenden, die der Markt gerade bietet. Der menschliche Körper hat im Sommer andere Bedürfnisse als im Winter, und darauf muß die betreffende Hausfrau Rücksicht nehmen. Im Winter braucht der Körper natürlich eine ganz besonders starke Wärmequelle. Aus werden Wärme und Energie durch den Fettgehalt der Nahrung erzeugt. Darum ist es so wichtig, dem Körper möglichst viel und möglichst hochwertige Fettstoffe zuzuführen. Wegen ihrer außerordentlichen Kalorienreichtums und Wärmeenergie bewirkt sich die Nahrung Rama im Blauband ausgezeichnet; dieses wärmependende Fett wird daher in den kaltesten Jahreszeiten besonders ausgiebig zum Kochen, Braten, Waden und auf Brot gebraucht. Eine solche Nahrung hält den Körper warm und widerstandsfähig gegen alle Unbilden der Witterung.

Weihnachtsstollen... für die Feiertage!
Doppelt gehaltvoll und köstlich munden wird der Weihnachtsstollen mit reiner Rama Margarine.
Rama im Blauband
...denn sie bäckt gut!

Empfehle prima fettes Rind-, Kalb- u. Schweinefleisch Kasseler Rippespeer div. Aufschnitt Kaiserjagdwurst, Mortadella Wiener Würstchen Würstchen in Dosen Bockwurst und Breslauer H. Krausemann Nachf. Inh. Heinrich Schneider	Prima frisches, fettes Rind-, Kalb- u. Schweinefleisch Kasseler Rippespeer rohen und gefochten Schinken Kaiserjagdwurst, Mortadella Wiener Würstchen, ff. Bockwurst sowie alle anderen Sorten Wurstwaren frisch und geräuchert empfehlen Gwald Ballmann empfehlen Richard Arnold	Prima frisches Rind-, Kalb- u. Schweinefleisch Irische Bratwurst frische Sätze ff. Würstchen u. Bockwurst empfehlen Ernst Bachmann Füllfederhalter Penkala-Bleistifte empfehlen Richard Arnold	Zigarren häutige Aufmachung Zigaretten in großen und kleinen Packungen empfehlen W. W. Bester Suche zu Oftern einen Lehrling mit guter Schulbildung. Hermann Lene, Gärtner Staatl. anerkannter Lehrbetrieb.	Liköre Rum Arrak (Verschnitt) Weinbrand Rotweine :-: Weißwein Fruchtwine empfehlen W. W. Bester Stadtkoffer empfehlen Richard Arnold
--	--	---	--	--





Praktische und stets willkommene
Weihnachts Geschenke

kauft man vorteilhaft bei

Wilhelm Wendanz, Kemberg

Markt 7

Kindermäntel, Kinderkleider, Bleigle-Anzüge, Kinderpullover, Strickwesten
Schürzen, Hemden, Schlüpfer, Prinzkerücke, Hemdhosen
Kinderschals Puppenwagen-Steppdecken Kindermützen

Tischdecken
Sofadecken
Divandecken
Reisedecken

Bettdecken
Betttücher
Schlafdecken
Bettvorleger

Kaffedecken
Wandschöner
Steppdecken
Sofakissen

Damenschals, Baskenmützen, Strickwesten, Pullover, Bleylewesten
Strümpfe, Strick- und Trikot-Gamaschen, Handschuhe

Regenschirme

Schürzen Damenhemden Nachthemden
Taschentücher, Taschentuch-Geschenkpäckungen, Strumpfbänder

An den Sonntagen vor Weihnachten von 11-6 Uhr geöffnet



Christbaumschmuck

Feenhaar, Engelshaar, Lametta
Eiswatte, Gold- u. Silberschmuck

Baumbehang

in Glas, Zucker, Schokolade

Christbaum-Kerzen

Licht- und Nusshalter

Wunderkerzen

empfiehlt

Richard Arnold, Leipziger Straße 64/65

Danksagung!

Nervenschmerzen

Ich bin seit drei Jahren an heftigen Nervenschmerzen, die ich durch ärztliche Behandlung (Einnahmen aller Art, Heißluft und Diathermie) nicht los werden konnte. Bei der Behandlung der Diathermie gaben die Schwellen eine Heilung auf, da dies der richtige Nerven-Nerv wäre, wo an eine Heilung nicht zu denken sei. Durch eine Bekannte in Dörschburg bin ich auf Ihre Indisches Kräuter-Pulver aufmerksam gemacht worden. Habe es sofort in Dörschburg durch die Rote Apotheke bestellen lassen und nach Gebrauch der ersten Schachtel haben die Schmerzen schon besonders nachgelassen und kann ich bereits mit meinem Bein wieder gehen wie sonst, was ich drei Jahre lang nicht konnte. Nun will ich Ihr Pulver 1/2 Jahr lang einnehmen. So schreibt Frau Louise Körner, Dörschburg, Carlplatz 4, am 23. 7. 1930.

Das Indische Kräuter-Pulver besteht aus 19 verschiedenen meist indischen Kräuter. Diese sind getrocknet und fein gemahlen. Sie wirken: magenstärkend, beruhigend, ausdehnend, was zahlreiche Genesende bestätigen. Schachtel 3,- RM. Vorrätig in der Apotheke in Kemberg und auch in Ihrer nächsten Apotheke. **Nachher**

Vorher

Nachher

Zu Weihnachts-Geschenken

empfehle

Gold- und Silberwaren

Uhren

Kristall Porzellan

Dürkopp-

Nähmaschinen u. Fahrräder

Grammophone und Platten

Frau Ida Dake, Kemberg

Markt 4

Hermann Leue

Anerkannter Gartenbaulehrbetr.

Empfehle billigt:

- Ia. Grünkohl**
- Ia. Weiß- u. Rotkohl**
- Ia. Sellerie, groß u. weiß**
- Ia. Mohrrüben**
- Ia. Kohlrüben, gelb**
- Ia. Zwiebeln**
- Ia. Majoran, bestbekannt**

Blumen
erhöhen die Festfreude, empfehle
Blühende Alpenveilchen
Priemeln usw.
An Schnittblumen:
Nelken
langstielige südländische

Zur Feftbäckerei

empfiehlt

- Mandeln
- Sultaninen
- Rosinen
- Mandel-Ersatz
- Litronen
- Citronat
- Margarine
- Palmin
- Mohn
- Ringäpfel
- Frische Äpfel
- ferner noch
- Walnüsse
- Haselnüsse
- Schok. Herzen
- Gefüllte Bomben
- Schokoladen
- Confekte
- Weihnachtskerzen

in frischen besten Qualitäten billigt bei
E. G. Pfeil

Meuro

Sonabend, den 20. Dezember 1930,
abends 7/8 Uhr

großes Konzert

ausgeführt von der
Schöngentapelle Bad Schmiedeberg
anschließend

Tanzkränzchen

2 Kapellen Stimmungsmusik
Es ladet freundl. ein
Richard Bergmann

Schützenhaus

Sonntag abend ab 6 Uhr



Tanzkränzchen



(Wittenberger Stimmungskapelle)

Eintritt und Tanz 50 Pfg.

Es ladet freundlich ein

Carl Fröhnel

Das Geschenk für die Dame



Weihnachts-Bonbonieren

von Most, Kant, Sarotti

Moft-Zannenzapfen

(Schokolade mit Pralinen gefüllt)

kaufen Sie bei

Richard Arnold, Kemberg

Geschenke die Freude bereiten!

Goldene Trauringe

in allen Preislagen und Größen

Passende Verlobungs- u. Hochzeitsgeschenke

in allen Qualitäten

Otto Leibnitz, Uhrmacher

Kemberg, Leipziger Straße 35



Schenken Sie Zigarren!

nach vor der Erhöhung in
100, 50, 25 und 10 Stück Packungen
in reicher Auswahl
Tabake, Zigarretten
von **E. G. Pfeil**

Bergbau-Industrie-Verband

Sonntag, den 21. Dezember 1930,
vorm. 1/2 10 Uhr in der Weintraube

Bersammlung

Alle Mitglieder müssen erscheinen.
Unterstützungen werden dabeit aus-
gezahlt **Zahlstelle Kemberg**



Weihnachts-Karten

empfiehlt in großer Auswahl

R. Arnold, Buchhandlung, Kemberg

Leipziger Straße und Markt

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold Kemberg — Fernsprecher Nr. 203.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sortenabgleichblatt" 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsführung Streifen usw. entfällt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbezahlung und für die Lieferung oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mkt. das Ausland, zuzüglich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 149

Sonnabend, den 20. Dezember 1930

32. Jahrg

1. Blatt.

„Bilanz der Reichsregierung“

In Breslau findet man an den meisten Geschäften ein Plakat mit der Ueberschrift „Bilanz der Reichsregierung“ — überreicht vom Einzelhandel. Hier rechnet der Einzelhandel, der ja bei der gegenwärtigen Preisentfaltung meistens die Rollen zu zahlen hat, der Reichsregierung einmal mit dünnen Ziffern in recht unhöflicher Weise vor, inwiefern er selber bei seinen einzelnen Verkäufen mit der Preisabgabe durchzuführen und inwieweit die Regierung das bei ihren Leistungen getan habe. Es ergibt sich aus dieser nicht uninteressanten Gegenüberstellung, daß der Einzelhandel durchsichtigerweise keine Preise um 10—15 Prozent abgebaut, die Regierung dagegen die öffentlichen Lasten Steuern usw. nicht nur nicht gesenkt, sondern teilweise sogar bis zu 117 Prozent erhöht hat. Gewiß wird mir nicht alle so unhöflich wie der Breslauer Einzelhandel, aber es läßt sich doch nicht verkennen, daß das große Kapital des Vertrauens, dessen sich die Regierung bislang bisher erfreute, allmählich angebraucht und in weitesten Kreisen die Frage erhoben wird, ob denn der Preisabbau nicht wenigstens zu Weichhalten einige sichtbare Fortschritte aufweisen würde. Manches ist auf diesem Gebiet geschehen: es wäre ungerade, das zu vergessen, aber die Hauptlaste, nämlich die Senkung der Ausgaben der öffentlichen Hand, die ihrerseits in erster Linie die Preise bestimmen, bleibt noch immerhin in weiter Ferne. Wir hören statt dessen immer nur von neuen Steuererhöhungen und müssen zugleich die betrübliche Feststellung machen, daß die Steuererhöhungen nur in der Hinsicht real sind, daß sie die Wirtschaft ruinieren, während sie sich für die Kasseneingänge als gänzlich unreal erweisen.

Wie groß der Preisschlag der Steuererhöhungen ist, sieht man besonders deutlich, wenn man die entsprechende Zeit des Vorjahres in Vergleich zieht. Dann ergibt sich, daß in den ersten 5 Monaten des laufenden Haushaltsjahres rund 513 Millionen Mm. an den Vorjahresziffern gefehlt haben: die alten Steuern sind so stark rückläufig, daß auch die neuen keinen Ausgleich schaffen können. Das Aufkommen aus den wichtigsten direkten Steuern, wie Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuern, ist vom August 1929 bis August 1930 um etwa 10 Prozent gesunken, und noch deutlicher ist der Einnahmerückgang bei den sogenannten Verbrauchs- und Verbrauchssteuern, zumal bei solchen, deren Höhe eine Erhöhung erfahren haben. So hat die Tabaksteuer in den ersten 5 Monaten des Haushaltsjahres den Vorjahresertrag trotz ihrer Erhöhung nicht um 22 Prozent überschritten, wie veranlagt war, sondern nur um rund 14,5 Prozent. Noch schlimmer liegen die Verhältnisse bei der Biersteuer: im ersten Monat nach dem Inkrafttreten der erhöhten Steuerlasten haben sich die Einnahmen fast um ein Drittel um 40 Prozent nur um rund 1,5 Prozent im Vergleich zur Vorjahreszeit erhöht; in Rheinland-Westfalen ist der Absatz der Brauereien, der bei der Steuererhöhung im Vergleich zum Vorjahr um 11 Prozent geteilt war, auch unter Berücksichtigung der Vorkreisänderungen um 30—35 Prozent zurückgegangen; der Absatzrückgang im Reichsdurchschnitt beläuft sich auf 20—25 Prozent; legt sich der Verbrauchsrückgang weiter fort, so wird in Verbindung mit den erhöhten Ueberverteilungen an die Länder aus der Biersteuer (insgesamt über 140 Mill. Mm.) wahrscheinlich nicht einmal der Vorjahresertrag erzielt werden können. Beim Branntweinmonopol ist ebenfalls seit der am 1. Juni 1929 erfolgten Erhöhung der Steuerlaste ein so erheblicher Verbrauchsrückgang (zur Zeit nur noch rund 25—30 Prozent des Ueberschusses zur gleichen Vorjahreszeit) zu verzeichnen, daß einem Voranschlag von 295 Mill. Mm. wahrscheinlich nur Einnahmen von höchstens 200 Mill. Mm. gegenüberstehen werden. Bei den kleineren Verbrauchssteuern (auf Schaumwein, Leucht- mittel, Spielarten, Süßholz, Zündwaren usw.) liegen abgesehen von der Zündwarensteuer überall Rückgänge vor, die sich wahrscheinlich auch bei den neuen Verbrauchssteuern (z. B. bei der Mineralwassersteuer) ergeben werden. Diese Entwicklung wird die Reichsfinanzen bis zum Ende des Haushaltsjahres noch in der größten Schwierigkeiten bringen; am 31. März 1931 ist ein Kassenbedarf von 1600 bis 1700 Mill. Mm. zu erwarten, dessen Deckung noch in seiner Weise fehlte; gegenüber der Schätzung der Juli-Novemberordnung dieses Jahres wird vermutlich ein Ausfall von 600 Mill. Mm. sich ergeben, der sich ähnlich wahrscheinlich auch für das Haushaltsjahr 1931 erweisen wird, dessen Schätzungen

auf der (sehr fraglichen) Annahme aufgebaut sind, daß „für 1931 die Wirtschaftslage fürstlich bessere“. Es ist nicht verwunderlich, daß sich unter diesen Umständen letztenbestimmte Gerüchte verbreiten konnten, die von einem erneuten „Ueberbrückungsbudget“ von 500 Mill. Mm. sprechen.

Jede Besteuerung hat ihre Grenzen in der Tragfähigkeit; diese ist nimmere bei allen Steuern erreicht. Auf die altbekannte Last der begrenzten steuerlichen Tragfähigkeit hätte eine vorausschauende Politik durch Sammlung von mehreren Rückflüssen nehmen müssen. Da die Ertragskräfte um so stärker zurückgehen, je höher die Steuerlasten werden, kann die deutsche Finanzkraft nur durch Verringerung der Ausgaben bereinigt werden. Am übrigen gibt es in Deutschland nicht weniger als 350 Steuern, von denen 30 auf das Reich, 150 auf die Länder und 170 auf die Gemeinden entfallen und von denen ein großer Teil mehr an Erhebungskosten erfordert, als sie an Einnahmen einbringen. Schon eine Vereinigung auf diesem Gebiete könnte eine Erleichterung herbeiführen. Die Steuerpolitik sollte sich auf einige ganz wenige, dafür aber leicht und billig zu erz



Mitth Rauhscher wurde am 26. Juni 1884 in Stuttgart geboren. Er studierte Rechtswissenschaft, war in Heidelberg Korpsstudent (Korps Suevia) und wandte sich später der freien schriftstellerischen Betätigung zu. Politisch betätigte er sich erstmals als Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ in Straßburg, später in Berlin, wo er als Theaterkritiker für die „Frankfurter Zeitung“ tätig war. Während des Krieges war er zunächst im Kriegesprekariat, zuletzt zwei Jahre Armierungsamt. Nach der Revolution trat er zur Sozialdemokratie über und wurde als Sekretär Schmidemanns die erste journalistische Stütze der Revolutionsregierung. Er wurde der erste Vizepräsident der Reichsversammlung, der Reichsregierung in der Republik. Im April 1929 löste er aus der Reichsversammlung aus. Er wurde dann Generaldirektor in Wien, dann Generaldirektor in außerordentlicher Mission bei der Sowjetrepublik Georgien und am 31. Mai 1922 Generaldirektor in Warschau.

Fürsorgenot der Gemeinden.

Erhebliche Steigerung in Klein- und Mittelfstädten.

Berlin, 19. Dezember.

Der Reichshäuftebund veröffentlicht sein zweites Statistisches Sonderheft, in dem die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Finanzwirtschaft der kleinen und mittleren Städte im Rechnungsjahr 1929 abgelesen dargestellt werden, sowie die Entwicklung der Wohlfahrtsverwerbslosigkeit bis Ende September 1930.

Die starke Arbeitslosigkeit bedingte, daß die Leistungen der von der Statistik erfassten Städte für die Arbeitslosenfürsorge im Durchschnitt um 67,6 Prozent höher als nach dem Voranschlag vorgelesen waren. Infolge der starken Steigerung an Wohlfahrtsverwerbslosen stiegen die Fürsorgekosten be-

trachtung im 1930 Rechnungsjahr die bis zu 100 Prozent an. Die Ausgaben für die Fürsorge der Arbeitslosen sind im Vergleich mit dem Vorjahre um 100 Prozent gestiegen. Die Ausgaben für die Fürsorge der Arbeitslosen sind im Vergleich mit dem Vorjahre um 100 Prozent gestiegen. Die Ausgaben für die Fürsorge der Arbeitslosen sind im Vergleich mit dem Vorjahre um 100 Prozent gestiegen.

Ist die Demokratie erschüttert?

Eine Rundfunkrede Brauns.

Berlin, 19. Dezember.

Der preussische Ministerpräsident Braun hielt im Rundfunk eine Rede über das Thema „Ist die Demokratie erschüttert?“ Der Ministerpräsident ging zunächst auf die parteipolitische Zerplitterung ein und erklärte, daß Schönheit und Größe wäre es, wenn wir in einem Parlament in der Zusammenarbeit und im geistigen Ringen einiger wenigen großen Volksparteien die Gegenwart des deutschen Volkes meistern und keine Zukunft zimmern könnten. Mit dem jetzigen Parlament, verfallt in seiner Weisheit durch Interessenvertreter ohne verantwortliche Bindung gegenüber dem Volkswahlvolk und gelöst durch Parteien, die das Chaos und den Bürgerkrieg als Mittel zur Fällung der Welt des deutschen Volkes ansehen, könne man leider diese Aufgabe nicht erfüllen. So müßte eine Reichsregierung, die nicht gegenüber den erschöpferten Leidenschaften und nackten Interessenvertretungen politisch abhandeln, sondern wirklich im Namen des Volkes und zu seiner Selbstbehauptung vor politischem Verfall und staatlichem Verfall regieren wolle, zu einer gewöhnlichen Maßnahmen schreiben. Nur durch eine solche entschlossene Regierungspolitik könne die Reichsregierung heute das große Erbe des deutschen Volkes vor dem Verfall schützen und uns vor dem Verfall bewahren.

Der preussische Ministerpräsident wandte sich dann gegen Diktaturpläne. Wenn sich Deutschland einem Diktator ausliefern, dann würde mit einem Schlag das Vertrauen schwinden, das Deutschlands wirtschaftliche Kraft und Arbeit heute immer noch in der Welt besitzt. Die auswärtigen Gelder würden fluchtartig zurückgezogen, Milliarden strömen ab, riesenhafte Arbeiterentlassungen und Zusammenbrüche der mittleren, kleinen und kleinsten Geschäftskreise in Deutschland und in allen Ländern wären die Folge. Außenpolitische Schwermühen, Bürgerkrieg und Hungerrevolten würden das Ihrige tun, um unser Vaterland auseinanderzureißen und die einzelnen Teile in völliger politischer Ohnmacht jedem außenpolitischen Gegner als willkommene Opfer hinzuwerten.

Man fordere von Deutschland als Tributzahlungen in einer in der Menschheitsgeschichte noch nie gekannten Form, daß wir diese Milliarden, in Waren, in Erzeugnissen deutscher Arbeit und deutschen Gewerbetreibenden und deutscher Ingenieurkraft leisten können. Aber man nehme uns die Waren nicht ab und erzwinge zudem ihren Abzug auf dem Weltmarkt durch übertriebenen Sperr- und Zollmaßnahmen. Europas Dölker und das große Schicksal der Menschheit werden durch die Einflüsse kommen, daß wir mit den gegenwärtigen wirtschafts- und politischen Methoden nicht weiterkommen, sondern den Zustand des Nachkriegschocks noch verewigen. Nur wenn sich überall der Mut zur Abströmung finde und gleichfalls zu der Erkenntnis, daß es eine wirtschaftliche Solidarität der Menschheit gibt, die man praktisch durch eine falsche und törichte Wirtschaftspolitik nicht dauernd ungestraft verlegen darf, dürfte die heute lebende Generation auf eine Besserung ihrer Lage rechnen.

„Eine uralte deutsche Kolonie.“

Was Pilsudski 1919 von Schlefien sagte.

Kattowitz, 19. Dezember.

Ein sehr interessanter Prozeß fand in der Berufungsinstanz des Kantowiger Bezirksgerichts statt. Gegenüber einer Verammlung der Kantowiger Partei im April d. J. äußerte der frühere Eisenbahnbeamte Fußh, daß Marschall Pilsudski es sich niemals habe träumen lassen, daß Ober-Schlesien jemals zu Polen kommen würde. Gegen Fußh wurde daraufhin ein Strafverfahren wegen Verbreitung falscher Behauptungen eingeleitet. In erster Instanz wurde Fußh zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legte Fußh Berufung ein. Er erbot sich, den Wahrscheinlichkeitsbeweis anzutreten.

In der Berufungsverhandlung gelang es dem Angeklagten tatsächlich, diesen Wahrscheinlichkeitsbeweis zu erbringen.